

Wirtschaft

«Datendieb Kieber hat Reform beschleunigt»

Liechtensteins Regierungschef Klaus Tschüscher über Steuerhinterziehung, Potentatengelder und Unternehmensansiedlungen.

Interview:
Jean-François Tanda, Vaduz

Mehrere Länder haben mutmassliche Ghadhafi-Gelder blockiert. Was macht Liechtenstein?
Bei uns laufen diese Überprüfungen auch. Wir haben die Financial Intelligence Unit (FIU), die von sich aus aktiv wird und solche Untersuchungen führt.

Und bei Ben Ali und Mubarak?
Die FIU untersucht auch diese Fälle. Wir können einmal mehr feststellen, dass unser System funktioniert.

Sind Gelder gesperrt worden?
Zurzeit laufen intensive Abklärungen, insbesondere im Zusammenhang mit Ägypten. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Tagen Gelder gesperrt werden.

Der deutsche Ex-Post-Chef Klaus Zumwinkel wurde vor drei Jahren wegen Steuerhinterziehung via Liechtenstein festgenommen. Was ist seither in Ihrem Land gegangen?
Wir sind von der schwarzen auf die graue Liste gewechselt, dann auf die weisse. Heute haben wir 23 OECD-konforme Steuerabkommen. Wir haben das Steuergesetz total revidiert. Es ist seit 1. Januar in Kraft. Wir haben uns in der internationalen Steuerpolitik neu positioniert und konnten damit die Reputation unseres Landes wiederherstellen. Wir sind heute ein anerkannter, sauberer europäischer Finanzplatz.

War der liechtensteinische Datendieb Heinrich Kieber der Auslöser?
Steuerhinterziehung ist ein weltweites Problem und kein liechtensteinisches Phänomen. Die Kieber-Affäre hat den Reformprozess bestenfalls beschleunigt. Die Person Kieber ist bei uns ein Fall für die Justiz. Wir haben Rechtshilfesuche gestellt. Die Tat, die er begangen hat, ist eine kriminelle. Es ist für uns intolerabel, dass sich andere Staaten mit Kieber eingelassen haben.

Wissen Sie, wo Kieber heute ist?
Nein, das wissen wir nicht.

Die Verhaftung Zumwinkels war eine Zäsur für Liechtenstein.
Es kamen einige Ereignisse zusammen, dazu gehört auch die Finanzkrise. Alleine durch Kursverluste ist einiges Geld abgeflossen, auch haben Kunden unseren Finanzplatz verlassen. Inzwischen fliessen aber unseren Banken neue Gelder zu. Liechtenstein hat sich in der



Klaus Tschüscher: «Wir haben das Steuergesetz total revidiert.» Foto: Eddy Risch (Keystone)

Krise als Oase der Stabilität ausgezeichnet. Meine Regierung musste nie Nachsitzungen abhalten, um den Banken- und Finanzplatz zu retten. Wir hatten nicht einmal eine schlaflose Nacht. Kürzlich hat Standard & Poor's uns ein AAA-Rating gegeben: die höchste internationale Auszeichnung. Ich denke, einige europäische Länder beneiden uns darum.

Klaus Tschüscher
Seit 2 Jahren an der Macht

Klaus Tschüscher (43) ist Regierungschef in Liechtenstein sowie Finanz-, Familien- und Chancengleichheitsminister. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität St. Gallen, ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Die USA sehen das Ländle als Vorbild. Was raten Sie der Schweiz?
Ich schenke anderen Staaten keine Ratschläge erteilen. Wir haben unsere Steuerpolitik neu ausgerichtet und setzen auf dem Finanzplatz auf Nachhaltigkeit. Dabei trennen wir heute strikt zwischen Steuergeheimnis und Bank- oder Versicherungsgeheimnis. Bei den Produkten investieren wir in den Bereich Pensionsfonds, wo wir grosse Wachstumschancen sehen. Wir möchten zu Europas führenden Anbietern für Fondsprodukte zählen. Auch im Bereich der Philanthropie sehen wir grosses Zukunftspotenzial. Und schliesslich investieren wir in den Versicherungsstandort Liechtenstein. Wir sind EWR-Mitglied. Von hier aus kann man sowohl in der EU als auch in der Schweiz operieren.

Das «Wall Street Journal» hat Liechtenstein als Land ganz ohne Geheimnisse beschrieben.
Wir haben Abkommen, die auf völkerrechtlich gesicherter Basis regeln, welche Anfragen unter welchen Voraussetzungen beantwortet werden. Es gibt keine Angel-Aktionen.

Sie erwähnten die Steuerreform. Wie viele Unternehmen sind seither zugezogen?
Das kann man so nicht quantifizieren. Ich persönlich hatte Kontakt zu einigen Grossunternehmen. Die neue Steuergesetzgebung war jeweils mit ein Grund für einen möglichen Umzug hierher. Ich hoffe auf jeden Fall, dass einige Unternehmen sich hier niederlassen und mit ihrer Wertschöpfung zu Steuereinnahmen beitragen.

Was sind die Säulen der Reform?

Wir haben den bisherigen renditeabhängigen Steuersatz von zwischen 7,5 und 24 Prozent ersetzt durch einen wettbewerbsfähigen Einheitssatz von 12,5 Prozent. Wir haben bei der Bemessungsgrundlage zum Beispiel eine grosszügige Verlustverrechnung und einen Zinsabzug für das Eigenkapital eingeführt. In Zukunft ist also irrelevant, ob man eine Investition mit Fremd- oder Eigenkapital finanziert. Das ist gerade für eine kleine Volkswirtschaft, die kapitalintensive Unternehmen haben sollte und will, enorm wichtig. Ausserdem kennen wir neu eine attraktive Gruppenbesteuerung. Im Bereich der Unternehmenssteuern sind wir damit europaweit top. Es freut mich besonders, dass die Efta-Überwachungsbehörde uns bestätigt hat, ein europarechtskonformes Steuersystem geschaffen zu haben. Das gibt Rechts- und Planungssicherheit. Die Resonanz in Fachkreisen, der Wissenschaft und der Beratungsbranche ist entsprechend positiv.

Sind neue Firmen gekommen?
Ja, natürlich.

Können Sie Namen nennen?
Wir warten, bis diese Unternehmen selber an die Öffentlichkeit gehen.

Die Steuerreform ist das eine, das andere, dass Sie 135 Millionen Franken jährlich einsparen müssen.
Wegen demografischer Ursachen und der Wirtschaftskrise. Grund ist sicherlich auch, dass die Ausgabenpolitik zu grosszügig war. Das haben wir nun konsequent korrigiert. Unsere Sanierungsstrategie greift.

Dennoch eine Steuersenkung?
Es ist ein Investment in die Zukunft. Wir wollen mehr Steuereinnahmen generieren - und das mit wertschöpfungsintensiven Neugeschäften. Nach unseren Schätzungen werden wir in den Jahren 2013/14 einen starken Zuwachs haben.

Zusätzlich sollen Glücksspiele dem Staat neu Geld einbringen.
Wir sehen da Chancen, ja. Wir haben das Glücksspielverbot aufgehoben, aktuell läuft die Ausschreibung für ein Casino. Die Zulassungs- und Betreiberkriterien sind sehr streng.

In welche Kasse fliesst das Geld?
Wir haben keine Zweckbindung vorgesehen und keine Kasse gebildet. Ein Teil der Einnahmen wird sicherlich für die Prävention verwendet. Ein einziges Casino reicht. Wir wollen aber auch Onlineglücksspiele zulassen.

«Rückfall ins literarische Reduit»

Auch der Ständerat will die Buchpreise im Internet regulieren: Damit steht der Wiedereinführung der Preisbindung fast nichts mehr im Weg.

David Vonplon
Erst knapp vier Jahre ist es her, dass der Bundesrat den sogenannten Sammelrevers - Preisabsprachen zwischen Buchhändlern und Verlagen - für unrechtmässig erklärte. Jetzt steht eine Neuaufgabe der fixen Buchpreise kurz bevor: Der Ständerat hat gestern beschlossen, dass die Buchpreisbindung auch im Internet gelten soll. Die Differenzen mit dem Nationalrat sind damit ausgeräumt. Händler, die via Internet Bücher verkaufen, müssen sich folglich ebenso an die Preisbindung halten wie ihre Kollegen hinter der Ladentheke.

Unter Dach und Fach ist das Gesetz damit aber noch nicht ganz: Die Entscheidung in der kleinen Kammer fiel denkbar knapp aus - durch einen Stimmstich von Ratspräsident Hansheiri Inderkum. Wechselt in der Schlussabstimmung in zwei Wochen nur ein Ständerat die Seite, scheitert das Gesetz doch noch.

SVP und FDP wollen sich denn auch noch nicht geschlagen geben. «Das Unverständnis über den Entscheid ist sehr gross», sagt SVP-Generalsekretär Martin

Baltisser. Man werde an der nächsten Fraktionssitzung das weitere Vorgehen diskutieren.

Von einem «Rückfall ins literarische Reduit» spricht die Migros-Tochter Ex Libris, die grösste Internetbuchhändlerin der Schweiz. «Einmal mehr wird der Konsument vom Parlament nicht ernst genommen», sagt Sprecher Roger Huber. E-Books-Anbieter dürften sich die Hände reiben: Sie werden der Buchpreisbindung nämlich nicht unterstellt: «Wir erwarten einen regelrechten Boom in dieser Sparte», so Huber.

100 Millionen ins Ausland?

Ex Libris befürchtet, dass jährlich 100 Millionen Franken Umsatz ins Ausland abfliessen könnten. Die Konsumenten würden Bücher in Zukunft wohl einfach bei ausländischen Onlineanbietern bestellen, die sich nicht an die Preisbindung hielten, meint Huber. Daniel Landolf, Chef des Schweizer Buchhändler- und Verlegerverbands, widerspricht: «Die Bücher bei Amazon werden für Schweizer Kunden genau gleich teuer sein wie bei einheimischen Anbietern.» Das habe der Internethändler bereits signalisiert.

Fraglich ist jedoch, ob die neue Praxis nicht zu Problemen mit der EU führen wird: FDP-Ständerat Felix Gutzwiller bezweifelt, dass die Preisbindung der Prüfung eines europäischen Gerichts standhält, wenn ausländische Grossverleger den Rechtsweg einschlagen.

iPad 2 schneller, besser, dünner

Apple-Chef Steve Jobs liess es sich nicht nehmen, das iPad 2 selbst vorzustellen.

Roger Zedi

Ein immer noch mager, aber so weit gesund wirkender Steve Jobs hat gestern Abend in San Francisco Apples neuestes «Post-PC-Produkt» vorgestellt und dabei auch Gerüchte um seinen baldigen Abgang fürs Erste widerlegt. Offiziell nimmt er aus gesundheitlichen Gründen weiterhin eine Auszeit.

Der Nachfolger des iPad wird in der Schweiz am 25. März erhältlich sein, die Preise und der eingebaute Speicher (16, 32 oder 64 GB) bleiben dieselben. Somit kommt Apple der auf breiter Front angekündigten Konkurrenz zeitlich zuvor und dürfte deren Preise unterbieten.

Ansonsten aber hat Apple das Gerät von Grund auf neu entwickelt, das Resultat liegt mit noch 600 Gramm spürbar leichter in der Hand. Das iPad 2 verfügt über zwei Video- und Fotokameras und ist mit 8,8 Millimeter dünner als ein iPhone 4. Neu wird es auch in Weiss erhältlich sein.

Das Gerät arbeitet deutlich schneller als sein Vorgänger, die Rechenleistung wurde gemäss Hersteller verdoppelt, die Grafikleistung sogar verneunfacht, was sich vor allem bei Videospielen positiv auswirken dürfte. Apple baut den selbst entwickelten A5-Chip mit Dualcore-Technologie ein.

Mit diesem Leistungsschub werden auch neue Anwendungen möglich, demonstriert wurden ein Videoschnitt-Programm sowie eine Musik-App, die diverse Instrumente auf dem Touchscreen simuliert - das iPad ist nun auch ein Synthesizer und ein Tonstudio. Das Tablet entwickelt sich also mehr und mehr zu einem Gerät, auf dem man Inhalte nicht nur konsumieren, sondern auch schaffen kann.

Jobs bezeichnete das iPad 2 als «Post-PC-Gerät», das aber «einfacher und intuitiver als jeder PC» sei und die «Herzen zum Singen» bringe. Während andere Hersteller sich gegenseitig mit technischen Funktionen überbieten, setzt Apple ganz bewusst auf Emotionen, die in der Technologie eine immer wichtigere Rolle spielen, so Jobs.

Der bisherige Erfolg des iPad gibt ihm recht. In den ersten 9 Monaten seit Verkaufsstart wurden 15 Millionen Geräte verkauft - bereits mehr Exemplare als von allen Tablet-PCs mit Windows, die es seit bald 10 Jahren gibt.

Apples grösster Schatz hingegen dürften die 200 Millionen Kundenkonten mit Kreditkartennummern sein, auf die es iTunes und der App-Store bringen. Das ist wahrscheinlich der grösste Kundenstamm eines Internethops überhaupt (allerdings kennt man die genauen Zahlen von Amazon nicht). Davon profitieren auch App-Entwickler: Apple hat ihnen bis dato insgesamt 2 Milliarden Dollar überwiesen.

Kurz

Gewinn von Holcim sinkt

Der Zementkonzern Holcim hat auch im vergangenen Jahr die Nachwirkungen der Wirtschaftskrise zu spüren bekommen. Der Umsatz nahm zwar zu, aber nur dank Zukäufen. Der Reingewinn sank um einen Fünftel.

Neuseeland kostet Swiss Re viel

Der Rückversicherer schätzt die Gesamtkosten des Erdbebens in Neuseeland für die Branche auf 6 bis 12 Mrd. Dollar. Die Zerstörungen kosten Swiss Re selbst rund 800 Mio. Dollar. Noch teurer als das Erdbeben in Neuseeland war bislang nur ein Beben 1994 in Kalifornien.

Cornèr Bank macht weniger Gewinn

Die in Lugano ansässige Bank hat 2010 einen um 12,8% tieferen Nettogewinn von 64 Mio. Fr. erwirtschaftet. Das Hypothekarkreditvolumen der Bank wuchs auf 749,9 Mio. Fr.

Adidas erzielt Rekordumsatz

Der Sportartikelhersteller hat im Fussball-WM-Jahr 2010 den Umsatz um 15,5% auf knapp 12 Mrd. Euro vergrössert. Der Gewinn betrug 567 Mio. Euro.

Ölpreis belastet Airlines

Die wegen der Unruhen in der arabischen Welt steigenden Ölpreise drücken auf die Margen der Airlines. Die Branchenorganisation Iata rechnet bis Mitte Jahr mit einem Gewinneinbruch um fast die Hälfte. Per Ende 2011 sollen noch 8,6 Mrd. Dollar Gewinn anfallen (Vorjahr: 16 Mrd. Dollar). (bwi/Agenturen)